

und das Verbot jeder Kriegshetze\* Völker- und Rassenhetze auf deutschem Boden. Allein diese Forderung der Nationalen Front widerspricht der politischen Konzeption des amerikanischen Imperialismus und seiner ausführenden deutschen Organe in Westdeutschland.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, so muß die Rechtfertigung des Schandurteils von Neumünster durch die Adenauer-Regierung jeden ehrlichen deutschen Demokraten davon überzeugt haben, daß es dieser reaktionären und antinationalen Politik gegenüber keine Rechtfertigung geben darf, sondern nur einen kompromißlosen Kampf in den Reihen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Der Massenprotest der Werktätigen gegen das Schandurteil war bereits ein Bekenntnis zu den Grundsätzen der Nationalen Front. Die nazistische Provokation von Neumünster muß und wird zur Folge haben, daß die nationalgesinnten, demokratischen Kräfte in Westdeutschland sich immer stärker organisatorisch zusammenschließen, um desto wirksamer gegen eine gefährliche Entwicklung in diesem Teile unseres Vaterlandes anzukämpfen, die ihre letzte Ursache in der Abhängigkeit Westdeutschlands vom amerikanischen Imperialismus hat.

Der Kampf gegen die Rechtsunsicherheit in Westdeutschland, der Kampf gegen eine antidemokratische Justiz, die nur Faschisten und Militaristen schützt, der Kampf für eine wahrhaft demokratische und volksverbundene Justiz als eine wesentliche Voraussetzung zur Wiedererringung der Rechtseinheit im Deutschland, dieser Kampf ist mit dem Kampf um die nationale Einheit unseres Landes engstens verbunden. Die Rechtssicherheit in ganz Deutschland unter dem Schutz einer wahrhaft demokratischen Justiz wird mit dem unabwendbaren Sieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland erkämpft werden. Daß jeder deutsche Demokrat und Patriot sich noch entschlossener als bisher aktiv für die Verwirklichung der Forderungen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland einsetzt, das muß die Konsequenz sein, die das deutsche Volk aus dem Schandurteil von Neumünster ziehen muß.

(Lebhafter Beifall)

### Präsident Dieckmann:

Nach § 32 unserer Geschäftsordnung kann in die Aussprache über eine Anfrage eingetreten werden, wenn 15 Abgeordnete einen solchen Antrag unterstützen. Ein Antrag dieser Art liegt mir zwar nicht vor, wohl aber verschiedene Wortmeldungen von Rednern verschiedener großer Fraktionen, so daß ich die Unterstützung im Sinne der Geschäftsordnung als gegeben ansehen darf.

Es haben sich zum Wort gemeldet — ich gebe gleich die Reihenfolge bekannt —: Abg. Dr. Freund, der für die Arbeitsgemeinschaft Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, WN und DFD spricht, Abg. Dr. Ralph Liebler für die Fraktion der LDP, Abg. Paul Graeber für die Sozialdemokratische Fraktion, Frau Abg. Hilde Benjamin für die Fraktion der SED und Abg. Dr. Rühle für die Fraktion der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Freund.

### Abg. Dr. Freund (Kulturb./DFD/VVN):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst die Erklärung abgeben, daß die Anfrage, die dem Hohen Hause vorliegt, voll und ganz den Erwartungen entspricht, die die Widerstandskämpfer gegen den Faschismus in ganz Deutschland hegen. Sie drückt das aus, was die Widerstandskämpfer nicht nur in dieser Zone, sondern in ganz Deutschland bewegt, wenn sie von dem Urteil Kenntnis erhalten, das dieser Anfrage zu Grunde liegt. In diesem Urteil, durch das der

Abgeordnete des sogenannten Bonner Bundesparlamentes Wolfgang Hedler von dem Kieler Gericht freigesprochen worden ist, ist zum Ausdruck gekommen, daß man ohne gerichtlichen Widerspruch die Kämpfer gegen den Faschismus als Vaterlandsverräter und Lumpen bezeichnen darf, ohne daß dies zu einer gerichtlichen Sühne führt.

Ich glaube, wir haben es nicht nötig, die Widerstandskämpfer gegen den Faschismus gegen die Beleidigungen eines Hedler in Schutz zu nehmen. Die Geschichte hat bewiesen, wo die Vaterlandsverräter gesessen haben und wo diejenigen gesessen haben, die durch Kampf und durch Opfer für das deutsche Vaterland eingetreten sind.

(Sehr richtig!)

Was uns aber an diesem Urteil bewegt, ist die Tatsache, daß es fünf Jahre nach dem Spruch der Geschichte möglich gewesen ist, daß ein Gericht in Westdeutschland ein solches Urteil fällt. Dem deutschen Volke kann es nicht gleichgültig sein, wenn „im Namen des Volkes“ solche Urteile gesprochen werden.

Wir wissen, daß eine der wichtigsten Waffen des Staates und insbesondere des deutschen demokratischen Staates die Justiz ist, und wir haben stärkste Besorgnisse, wenn wir sehen, welchen Menschen eine solche Waffe anvertraut ist. Wir können nicht erwarten, wenn, wie die englische Zeitung „Economist“ dieser Tage festgestellt hat, 80 % des Justizapparates in Westdeutschland in den Händen ehemaliger Nationalsozialisten ist, daß diese Justiz zu einer Waffe für die Demokratie werden kann. Wenn sich diese Justiz hinter der Toga der „richterlichen Unabhängigkeit“ verschanzt, so wissen wir aus Erfahrung, was das bedeutet. Die richterliche Unabhängigkeit ist dereinst als revolutionäre Errungenschaft geschaffen worden, als Waffe gegen Fürstenabsolutismus und Fürsten Willkür, um die Justiz frei zu halten von dem Machtspruch fürstlicher Willkür. Sie hat sich allmählich und insbesondere in der Zeit der Weimarer Republik zu einer Waffe gegen das Volk, zu einer Waffe in der Hand volksfeindlicher Kräfte gegen die Kräfte der Demokratie entwickelt. Unzählig sind die Beispiele dafür. Wir haben die Geschichte der Weimarer Republik mit wachen Augen verfolgt und haben gesehen, wie sich die Justiz aus einer Institution im Interesse der demokratischen Entwicklung zu einer der mächtigsten Säulen zur Unterhöhlung der deutschen Demokratie und letzten Endes mit zum Totengräber der deutschen Demokratie entwickelt hat. Wir wollen dafür sorgen, daß sich diese Entwicklung nicht noch einmal in Deutschland Bahn brechen kann.

In der gleichen Zeit, in der der Abgeordnete des sogenannten Bundesparlamentes Hedler von einem deutschen Gericht freigesprochen worden ist, hetzt man durch die deutschen Lande einen anderen Abgeordneten. Der Abgeordnete Lehmann wird von Polizei und Justiz durch die Lande gejagt, weil er es gewagt hat, seine Stimme zu erheben gegen die Demontierung von Industrien, die zum friedlichen Aufbau des deutschen Volkes bestimmt waren. Die Gegenüberstellung dieser beiden Tatsachen ist bezeichnend für den Weg der westdeutschen Bundesrepublik.

(Sehr wahr!)

Wir wissen, daß die Paulick und Genossen nicht willens und nicht geneigt sind, den Schutz der Demokratie in ihre Hand zu nehmen. Nicht nur wir wissen das; mächtige Streikbewegungen in Westdeutschland haben gezeigt, daß auch die westdeutsche werktätige Bevölkerung erkannt hat, wohin der Weg dieser Justiz geht, daß sie aus den Lehren der Weimarer Justiz die Folgerungen gezogen hat, die es ermöglichen müssen, der Justiz den Weg zu versperren, den sie schon einmal gegangen ist.